

„Täuschen, tricksen, tarnen“

Der niedersächsische Verfassungsschützer Stephan Walter über linken Populismus

Ist die Linke eine verfassungsfeindliche Partei? Ist linker Populismus schon extremistisch? Solche und ähnliche Fragen werden von den politischen Lagern in Deutschland höchst unterschiedlich beantwortet. Der niedersächsische Verfassungsschützer Stephan Walter sprach darüber bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bremen unter dem Titel „Populismus – die neue Gefahr von links?“. Malte Bürger und Ben Zimmermann führten mit ihm das folgende Interview.

Der Verfassungsschutz beobachtet Verfassungsfeinde. Gehören Populisten auch schon dazu?

Stephan Walter: Nein.

Und linke Populisten?

Linke und rechte Populisten sind manchmal Extremisten – und die beobachten wir.

Gibt es nicht einen Unterschied zwischen Vereinfachern, wie beispielsweise Oskar Lafontaine oder Gregor Gysi, und Autonomen, die in Berlin-Kreuzberg oder Hamburg Autos anzünden?

Natürlich. Der Linksextremismus hat viele Gesichter. Es gibt Anarchisten, es gibt Autonome. Es gibt auch den parteigebundenen Linksextremismus, zum Beispiel in der DKP oder der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands – die zünden keine Autos an, aber dennoch sind es Extremisten.

Bei der Linken scheiden sich die Geister: In einigen Bundesländern werden sie gar nicht beobachtet, in anderen komplett und in dritten nur einige Teilgruppierungen. Warum werden sie in Niedersachsen beobachtet?

Weil wir genügend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen haben. Die machen wir unter anderem daran fest, dass es innerhalb der Partei noch immer eine Verherrlichung der DDR gibt, dass die Partei Kontakte zu gewaltbereiten Autonomen pflegt und offen extremistische Gruppierungen innerhalb der Partei duldet und fördert. Die Partei will eine „Systemüberwindung“. Das zieht ihre Einstellung zum Grundgesetz in Zweifel.

Lässt es sich an Beispielen deutlich machen, welche Gefahr von ihnen ausgeht?

Immer wieder lassen Vertreter der Linken die Distanz zu autonomen Gruppierungen fehlen, treten als Initiatoren und Organisatoren von Demonstrationen auf, aus denen Gewalt hervorgeht. Auf eine anschließende Verurteilung der Gewalt durch die Linke wartet man vergeblich. Die Linksjugend 'solid verlangt die Abschaffung unserer Gesellschaftsordnung. Oskar Lafontaine spricht davon, dass unsere Demokratie gar keine sei, weil die Löhne angeblich sinken. Der Vorsitzende Lothar Bisky „stellt die Systemfrage“. Eine erklärte Kommunistin wie Sahra Wagenknecht ist als Vize-Parteichefin im Gespräch.

Sind nicht eher bestimmte Gruppen innerhalb der Partei das Problem und nicht die Linke als Ganzes?

Eine Partei, die extremistische Gruppierungen nicht nur duldet, sondern sie auch innerhalb ihrer Organisation fördert, muss sich das anrechnen lassen.

In ihrem Vortrag haben sie anklingen lassen, dass man gegen den Extremismus an beiden Polen – also sowohl links als auch rechts – angehen müsse. Kann man die Linke mit der NPD in einen Topf werfen?

Der Extremismus hat verschiedene Phänomene. Wir machen ihn an seinem Verhältnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung fest, wie sie durch das Bundesverfassungsgericht mehrfach definiert worden ist. Und dann sehen wir, dass es den Extremismus nicht nur auf der linken Seite, sondern auch auf der rechten gibt, aber beispielsweise auch im Bereich des Islamismus. Das sind Strömungen, die in der Regel ein Wahrheitsmonopol für sich in Anspruch nehmen, die einen Führerstaat, eine führende Partei oder einen Wächterrat installieren wollen. Deswegen setze ich sie nicht gleich, aber ich sehe, dass es gemeinsame Strukturmerkmale gibt.

Und trotzdem kommt die Linke für den Durchschnittswähler als die Partei daher, die Forderungen wie die Abschaffung der Rente mit 67 stellt. Das klingt nicht wahn-sinnig revolutionär.

Das ist in der Tat nicht revolutionär, das ist auch nicht extremistisch und vom Standpunkt des Verfassungsschutzes überhaupt nicht zu kritisieren. Wir schauen uns aber das Gesamtbild einer Partei an, das sich aus den Äußerungen führender Vertreter, aus dem Programm, aus den Beziehungen zu extremen Gruppierungen und aus dem Umgang mit der Geschichte ergibt. Und auch der Populismus gehört im Prinzip dazu, denn eine gewisse Demagogie ist Extremisten gewiss nicht abzusprechen.

Bei Wahlen in ostdeutschen Bundesländern ist die Linke im Schnitt die zweitstärkste Partei. Wenn sie den Menschen dort sagen, dass das eine extremistische Partei ist, dann geht das doch an deren Lebensrealität völlig vorbei.

Ja, natürlich. Aber die Wahrheit ist oft un-bequem. Der Erfolg an den Wahlurnen ist kein Kriterium für Extremismus oder Nicht-Extremismus.

Kein alleiniges, aber die Partei fährt seit 20 Jahren dort stetig Ergebnisse jenseits der 20 Prozent ein.

Seit über zehn Jahren schafft es die NPD in manchen Landkreisen Sachsens, zweistellige Prozentergebnisse zu erreichen. Ist dann die NPD dort nicht mehr extremistisch, nur weil sie über zehn Jahre hinweg nicht nur bei Kommunal-, sondern auch bei Landtags- oder Europawahlen beständig Erfolg hat und für viele Menschen einfach dazugehört?

Ist der Zulauf – sowohl für linke als auch für rechte Ränder – darauf zurückzuführen, dass nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen eine mangelnde Bildung, eine mangelnde Aufklärung vorhanden ist?

Sicher. Aufklärung tut immer not. Das ist Aufgabe der Schulen, der außerschulischen Bildungseinrichtungen, aber auch der Verfassungsschutzämter. Deshalb machen wir auch sehr viel im präventiven Bereich, beispielsweise durch Ausstellungen, Vorträge oder Broschüren.

Ist es nicht auch Aufgabe der großen Volksparteien, umfangreicher auf die Gefahren und Probleme hinzuweisen und nicht pauschal auf die besagten Parteien einzuschlagen?

Aufgabe der demokratischen Parteien ist es vor allem, sich von Extremisten klar abzugrenzen, sie nicht hoffähig und mit ihnen keine gemeinsame Sache zu machen. Vor allem muss in der Schule mehr darüber gesprochen werden, wo die Unterschiede sind zwischen Demokraten und den Feinden der Demokratie, was zum demokratischen linken Engagement gehört und wo es zweifelhaft wird.

Es ist aber auch sehr schwierig für die Wähler, links von der SPD noch eine Alternative zu finden.

Nehmen wir beispielsweise das Programm der Bremer Linken: Das ist für sich genommen in meinen Augen nicht extremistisch. Dennoch gilt, dass auch bei den Bremern eine ganze Reihe der Funktionäre aus der DKP kommt, und die DKP-Leute haben gelernt: Wenn ich was werden will, muss ich Verbündete im bürgerlichen Lager suchen. Das ist eine alte kommunistische Strategie – täuschen, tricksen, tarnen, Camouflage. Und die Bremer Linken haben einen Satz in ihrem Programm vorneweg, darin heißt es sinngemäß, dass ein Leben in Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden von der Macht des Kapitals, den internationalen Finanzmärkten und der neoliberalen Politik der Herrschenden verhindert wird. Kurz: Wir leben gar nicht in einer Demokratie. Das erinnert mich mehr an Verschwörungstheorien als an fundierte Gesellschaftsanalyse. Im Übrigen ist auch die Bremer Linke Bestandteil der Gesamtpartei, und da kann man berechtigte Zweifel haben in ihrer Einstellung zur Demokratie.

Derzeit sorgt der Fall von Jannine Menger-Hamilton für Schlagzeilen, die seit zwei Jahren auf ihre Einbürgerung wartet. Nun wittert die Linke eine Diskriminierungskampagne, da Menger-Hamilton Parteimitglied ist. Reicht aus Sicht des Verfassungsschutzes eine Mitgliedschaft aus, um die Staatsbürgerschaft zu verwehren?

Das ist nicht in der Entscheidung des Verfassungsschutzes, sondern der Einbürgerungsbehörden. Der Verfassungsschutz wird lediglich um eine Stellungnahme gebeten. Wie die Einbürgerungsbehörde letztlich damit umgeht, ist dann deren Sache.

Gibt es konkrete Vorwürfe gegen Menger-Hamilton, oder stört man sich allein an ihrem Engagement für die Linke?

Sie ist nicht nur ein einfaches, sondern ein exponiertes Mitglied einer Partei, die von uns extremistisch eingestuft wird.



Zur Person
Dr. Stephan Walter, geboren 1959, ist Leiter der Extremismus-Informationsstelle beim Niedersächsischen Verfassungsschutz. Er war zuvor als Redenschreiber in Bonn und Hannover tätig.



Mai-Krawalle in Berlin-Kreuzberg: Egal ob Links- oder Rechtsextremismus, gewalttätige Aktionen gehören zum Auftreten dazu.

FOTO: DPA

Dieses Foto war als passende Illustration oberhalb des Interviews abgedruckt. Die entsprechenden (und gewünschten!) Assoziationen der Leserin stellen sich von selbst ein ...